

## Antrag

der Abgeordneten **Dr. Simone Strohmayr, Inge Aures, Susann Biedefeld, Sabine Dittmar, Annette Karl, Natascha Kohnen, Christa Naaß, Maria Noichl, Karin Pranghofer, Adelheid Rupp, Helga Schmitt-Bussinger, Kathrin Sonnenholzner, Diana Stachowitz, Christa Steiger, Angelika Weikert, Johanna Werner-Muggendorfer, Margit Wild, Isabell Zacharias, Reinhold Perlak SPD**

### **Frauenarmut (1)**

#### **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Mindestlohn**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, umgehend Maßnahmen zu ergreifen, um Frauenarmut in Bayern zurückzudrängen. Zu diesem Zweck wird sie aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, aus dem hervorgeht, wie auf die bayrische Wirtschaft eingewirkt werden kann, um schnellstmöglich die Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ umzusetzen und Lohndifferenzen zu Lasten von Frauen abzuschaffen. Auf Bundesebene soll die Staatsregierung Initiativen ergreifen für ein Bundesgleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft. Sie wird ferner aufgefordert, ein klares Statement zum Mindestlohn abzugeben.

#### **Begründung:**

Frauen verdienen für die gleiche Arbeit immer noch weniger Geld als ihre männlichen Kollegen. In Bayern beträgt die Lohndifferenz durchschnittlich 24 Prozent und übersteigt somit den bundesweiten Durchschnitt um einen Prozentpunkt. In Bayern liegt zudem mit 25,6 Prozent der Niedriglohnanteil bei Frauen im Angestelltenverhältnis viel höher als bei Männern (9,3 Prozent).

Folge der Ungleichbehandlung ist, dass das Armutsrisiko bei Frauen in Bayern um rund ein Viertel höher ist als bei Männern. Besonders betroffen sind alleinerziehende Mütter sowie die unter 25- und über 65-Jährigen.